

TIP-Magazin 2. November 2006

INTERVIEW mit Dr. Petra Böhnke (WZB)

Man ist schnell draußen

Die Sozialwissenschaftlerin Petra Böhnke über die verunsicherte Mittelschicht, soziale Desintegration und Hartz-IV-Ängste

TIP: Warum entdeckt die Mehrheitsgesellschaft derzeit so massiv die Unterschicht als Problem-Thema?

PETRA BÖHNKE: Soziale Ausgrenzung ist schon lange ein Thema. Es spielt sicher eine Rolle, dass sich mittlerweile die Mittelschichten betroffen fühlen. Viele Menschen der Mittelschicht fühlen sich von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg bedroht. Sie können ihre Leben nicht mehr längerfristig planen, sie haben befristete Arbeitsverträge, Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit und Jobverlust, die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität steigen. Das Gefühl von Unsicherheit und Bedrohung wächst vor allem vor dem Hintergrund von Hartz IV. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat ein einschneidender Wandel in der Sozialversicherung stattgefunden. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit sinken alle auf das einheitliche, niedrige Niveau von Hart IV ab, egal, was sie vorher verdient haben, egal, ob sie drei oder dreißig Jahre gearbeitet und Beiträge in die Sozialversicherungssysteme einbezahlt haben. Private Ersparnisse schützen sie auch nicht vor dem Abstieg, weil sie ihr Vermögen aufbrauchen müssen, bevor sie Ansprüche an den Sozialstaat geltend machen können.

TIP: Ein Gefühl von Schutzlosigkeit macht sich in den Mittelschichten breit?

BÖHNKE: Ja, sicher. Das schürt massive Abstiegsängste. 12 Monate Arbeitslosigkeit sind einfach schnell um. Und der Arbeitsmarkt ist nicht so, dass jeder in dieser Zeit Arbeit findet.

TIP: Welche Folgen hat das mehr oder weniger permanente Gefühl von

Abstiegsgefährdung und Unsicherheit für die Betroffenen und für die Gesellschaft?

BÖHNKE: Diese Abstiegsängste können zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen, Stressphänomene, psychosomatische Erkrankungen. Es kann Auswirkungen auf den familiären Zusammenhalt und soziale Beziehungen haben. Unsere Forschungsergebnisse zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen Armut und sozialer Isolation gerade in Deutschland. Diejenigen, die soziale Unterstützung dringend bräuchten, können am wenigsten darauf zurückgreifen. Sozialer Abstieg, Armut und Arbeitslosigkeit wirken immer noch sehr stigmatisierend. Außerdem besteht ein Zusammenhang zwischen Armut, Verunsicherung und Kinderlosigkeit. Zukunftsängste tragen nicht dazu bei, eine eigene Familie zu gründen.

TIP: Entspricht das subjektive Gefühl, abstiegsgefährdet zu sein, der objektiven Situation der Mittelschicht?

BÖHNKE: Diejenigen, die sich im so genannten prekären Wohlstand befinden und sich immer knapp über der Armutsgrenze bewegen, Menschen also, bei denen nichts Unvorhergesehenes passieren darf, eine Erkrankung zum Beispiel, sind immer in Gefahr, abzurutschen. Es gibt auch einen Teil der Bevölkerung, der eigentlich gut abgesichert ist, aber trotzdem Angst hat, den Job zu verlieren. Dazu kommen Lebensrisiken, wenn zum Beispiel die Eltern zu Pflegefällen werden und finanzielle Unterstützung brauchen. Das sind alles Faktoren, die dafür sorgen, dass Menschen immer unsicherer werden, obwohl sie ein gutes Einkommen haben. Armutrisiken dürfen sich nicht nur am monatlichen erwirtschafteten Einkommen bemessen, entscheidend sind auch die Ausgabenstrukturen eines Haushaltes. Klassische Risikogruppen sind aber andere: Menschen ohne Berufsausbildung, Alleinerziehende, Immigranten und Menschen, die schon in prekären Verhältnissen aufgewachsen sind. Wichtig ist in der ganzen Debatte eine genauere Differenzierung. Armuts-Population ist nicht gleich Armuts-Population. Man muss deutlicher unterscheiden zwischen denen, die tatsächlich abgehängt sind, resigniert, motivationslos, die man nur noch ganz schlecht erreicht. Deren Lage ist sehr viel härter als die derjenigen, die noch Arbeit haben und die durch die gegenwärtigen Entwicklungen verunsichert sind. Eine

verängstigte Mittelschicht ist etwas anderes als Menschen in prekären Lebensverhältnissen.

TIP: Hilft der Unterschicht die berühmte Formel vom „Fordern und Fördern“ oder ist das nur ein Druckmittel, das vor allem weitere Demütigungsspiralen produziert? Was nutzt die Aufforderung an Hartz IV-Empfänger, jeden Job anzunehmen, wenn es keine Jobs gibt?

BÖHNKE: Der Versuch, Armut mit Arbeitsmarktpolitik zu bekämpfen, stößt angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt an Grenzen. Sicher ist ein Arbeitsplatz ein guter Weg zur gesellschaftlichen Integration. Aber nicht jeder Job verspricht Zufriedenheit und Teilhabechancen. Ein Ein-Euro-Job kann dazu beitragen, dass man den Tag strukturiert und soziale Kontakte bekommt. Aber natürlich ist es auch stigmatisierend und degradierend, für einen Euro das Laub im Park zu sammeln. Der Schwerpunkt liegt doch momentan eher auf dem Fordern als auf dem Fördern. Es ist ein Irrglaube, dass man durch Leistungskürzungen Anreize zur Arbeitsplatzsuche schafft. Studien zeigen, dass dieser Zusammenhang nicht besteht. Ein Beispiel: Zwar ist die Arbeitslosigkeitsdauer in Deutschland im Vergleich zu den USA etwas höher, aber der dann gefundene Arbeitsplatz entspricht eher den Qualifikationen der Arbeitssuchenden, ist stabiler, dauerhafter und entlässt die Menschen nicht gleich kurze Zeit später wieder in die Arbeitslosigkeit.

TIP: Der SPD-Vorsitzende Beck hat die Debatte mit der Interview-Äusserung losgetreten, Angehörigen der Unterschicht fehle es am Aufstiegswillen. Teilen Sie diese harsche These?

BÖHNKE: Damit wird suggeriert, dass die Betroffenen ihre Lage selber verschuldet hätten, ihre Biografie wird ihnen individuell zugeschrieben, statt nach den strukturellen Ursachen zu suchen. Angesichts der Arbeitslosenzahlen und der fehlenden Job-Möglichkeiten ist es nicht plausibel, bei Hartz-IV-Empfängern pauschal von selbst verschuldeter Perspektivlosigkeit zu sprechen.

TIP: Was passiert, wenn sich immer mehr Menschen marginalisiert und an den Rand gedrückt fühlen?

BÖHNKE: Wenn sogar schon die vermeintlich abgesicherten Mittelschichten empirisch messbar stark verunsichert sind, ist das ein alarmierendes Zeichen für die Politik.

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass diejenigen, die sich marginalisiert fühlen, sehr viel seltener zur Wahl gehen, sie resignieren im Alltag und sie resignieren politisch.

Damit haben Betroffene keine politische Mitsprache mehr und sind vom

Willensbildungsprozess ausgeschlossen. Wer sich nicht respektiert fühlt, wer das Gefühl hat, nicht mehr Teil dieser Gesellschaft zu sein, wird Werte, die allgemeiner Konsens sind, in Frage stellen. Wenn man sich nicht mehr um die kümmert, die auf der Strecke bleiben, wird das über kurz oder lang sichtbare Folgen haben. Wohin das im Extrem führen kann, sieht man zum Beispiel in den französischen Banlieus.

Interview: Peter Laudenbach

-----

Dr. Petra Böhnke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Ihre Forschungsschwerpunkte: Soziale Ungleichheit, prekäre Lebenslagen und soziale Integration.